AUGUST NR. 4 | 2017

VITAKO INTERN

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Bundestagswahlen stehen vor der Tür, und Vitako richtet sich mit **digital-politischen Forderungen** an die Parteien: Digital first, Once-Only, der Ausbau von Breitbandnetzen und IT-Infrastruktur gehören zu den aus Sicht der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister dringlichsten Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode. Wir fordern die Parteien auf, die Digitalisierung als oberste Priorität zu betrachten und sie schneller voranzutreiben als bisher.

Aus diesem Grund hat Vitako einen Katalog von Forderungen aufgestellt, der sich an die Politik, aber auch an Stakeholder aus Wirtschaft und Verwaltung richtet. Neben **technischen Maßnahmen** sind dringend auch **rechtliche Änderungen** notwendig, damit die Digitalisierung schneller vorankommt.

Dass die Digitalisierung längst in Kommunen angekommen ist und diese eigene Digitalisierungsstrategien umsetzen, unterstreicht ein Bericht aus Reutlingen vom KIRU-Kundeninformationstag. Als Kehrseite der Digitalisierung lässt sich die Notwendigkeit besserer Verbraucher- und Datenschutzrechte beschreiben, der die europäische **Datenschutz-Grundverordnung** nachkommt. Jüngst ist ein **Leitfaden für Kommunen** beim KDRS in Stuttgart erschienen mit einer To-do-Liste für den Schutz personenbezogener Daten.

Wir wünschen eine interessante Lektüre,
Ihr Vitako-Team

THEMEN

DIGITAL FIRST!
Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017.

DIGITALISIERUNG GESTALTEN
Interview mit Peter Kühne

MAJOR CITIES OF EUROPE
Bericht von der Jahrestagung

KOMMUNALE PRAXIS
Ersetzendes Scannen in der Justiz

WIND OF CHANGE
Digitalisierung kommt in Kommunen an

DIGITALE POSTSTELLE
Lernfähige Posteingangslösung

NEUER ZWECKVERBAND
Ostwestfalen-Lippe.IT in Gründung

EU-DSGVO
Leitfaden erschienen

CYBER EUROPE 2016
Bericht zur Notfallübung 2016 erschienen

VITAKO
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.

Das Parlament im Deutschen Bundestag tagt manchmal auch über digital-politische Themen. Ob es nach der Bundestagswahl ein eigenes Digitalministerium oder ein Digitalkabinett mit eigenem Staatssekretär geben wird, steht zur Debatte. (Quelle: Bundestagsplenum Tobias Koch, CC BY-SA 3.0)

Digital first

Digital-politische Forderungen an die Parteien zu Bundestagswahl 2017

Die Digitalisierung umfasst immer mehr Lebensbereiche von Bürgerinnen und Bürgern – Arbeit, Bildung, Gesundheit, Konsum. Auch die Art und Weise, wie die Verwaltung mit Unternehmen und Bürgern zusammenarbeitet und kommuniziert, ändert sich mit der Digitalisierung – tradierte Verfahrensweisen werden hinterfragt und eine Prozessorientierung in nie gekanntem Ausmaß hält Einzug. Dabei ist die Digitalisierung als Chance und Bereicherung zu betrachten. Um sie für alle Menschen positiv nutzbar zu machen und nicht den Anschluss an andere EU-Länder zu verlieren, sind gerade im Bereich der öffentlichen Verwaltung dringend weitere Schritte erforderlich.

DIGITAL FIRST: VORRANG FÜR DIE DIGITALE VERWALTUNG

Die Digitalisierung schreitet voran und sie ist zum Normalfall geworden. Es gibt kaum eine Verwaltungsdienstleistung mehr, die sich nicht digitalisieren ließe. Insofern ist es Zeit, sich von alten Regelungen aus der analogen Welt zu verabschieden. Dabei reicht es nicht aus, eine Elektrifizierung der bisherigen analogen Wege vorzunehmen, eine bloße Übertragung ins Digitale. Vielmehr müssen neue Denkrichtungen eingeschlagen werden mit dem Ziel, Verwaltungsleistungen neu zu überdenken und neu zu gestalten. Auf diese Weise können Leistungen proaktiv gewährt werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen, zum Beispiel beim Kindergeld. Dafür muss das Recht den veränderten Bedingungen angepasst werden: in diesem Fall das Verwaltungsverfahrensgesetz und das Datenschutzgesetz. Auf diese Weise lassen sich Prozesse automatisieren. Der Gang aufs Amt muss zur Ausnahme werden, denn die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.

- Vitako fordert, die elektronische Verarbeitung zum Regelfall zu machen. Analoges Handeln ist nur in begründeten Ausnahmefällen und befristet zulässig („digital first“).
- Das Verwaltungsverfahrensgesetz ist entsprechend zu reformieren. Der automatisierte Verwaltungsakt ist dann, wenn er nicht wegen begründeten Ermessensentscheidungen im Verwaltungsverfahren außer Kraft gesetzt wird, als Regelfall zu betrachten.
- Schriftform und persönliches Erscheinen sind als Ausnahmen zu betrachten und im Einzelfall zu begründen.

ONCE ONLY: DIE DATEN LAUFEN, NICHT DER BÜRGER

Verwaltungen verfügen heute über viele Daten, auch personenbezogene Daten. Wegen der strengen Zweckbindung, die das Datenschutzgesetz vorschreibt, dürfen diese nicht zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern genutzt und beispielsweise behördenintern ausgetauscht und verknüpft werden, obwohl es technisch auch unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte möglich wäre. Dies führt zu hohem Aufwand nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für Unternehmen und Bürger. Eine

Verknüpfung bestehender Register würde darüber hinaus dabei helfen, Daten zwischen Behörden auszutauschen.

- Vitako fordert, bei Zustimmung durch die Betroffenen eine Weiterleitung der vorhandenen Daten zwischen den beteiligten Behörden zu ermöglichen.

BREITBANDAUSBAU

Voraussetzung für eine möglichst flächendeckende Digitalisierung ist die Verfügbarkeit schneller Internet-Zugänge. Jeder Bürger und jedes Unternehmen soll die Möglichkeit haben, an der Gigabit-Gesellschaft teilzuhaben. Insofern muss der Breitbandausbau in Deutschland weiter vorangetrieben werden. Eine performante Breitband-Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für alle Digitalisierungsbemühungen. Insbesondere im ländlichen Raum und in der Fläche müssen hohe Bandbreiten gewährleistet werden, um auch in diesen Regionen die Attraktivität für Unternehmen und Bürger zu erhalten. Dies dient der Daseinsvorsorge und schafft vergleichbare Lebensbedingungen in ganz Deutschland.

- Die Breitbandförderung ist besonders im ländlichen Raum auszuweiten. Bis 2025 hat jeder Bürger und jedes Unternehmen das Recht auf eine Gigabit-Versorgung, stationär oder mobil.

FÖDERALE IT-INFRASTRUKTUR

Die Infrastruktur von Behörden und Verwaltungen muss mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten. Es darf keine Schere zwischen Privatwirtschaft, Bürgern und öffentlichen Verwaltungen geben. Die Verwaltung muss digital „aufrüsten“. Dabei erfordert die Integration von IT in interne Verwaltungsprozesse, aber auch die Schaffung weiterer digitaler Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Wirtschaft einen systematischen und über alle föderalen Ebenen koordinierten Ausbau der notwendigen Infrastrukturen. Neue IT-Infrastrukturen sind nach dem Gebot der Interoperabilität mit bereits vorhandenen zu verknüpfen. Dazu gehört – nicht nur beim geplanten Portalverbund – auch eine hohe Investitionsbereitschaft von Bund und Ländern in die digitalen Infrastrukturen der Kommunen.

- Vitako fordert eine föderale IT-Architektur, um die Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben. In dieser Architektur sind verschiedene Bausteine aufeinander abzustimmen und vorhandene kommunale Portale einzubinden.
- Beim Aufbau einer föderalen IT-Architektur müssen die kommunalen IT-Dienstleister beteiligt werden.

INFORMATIONSSICHERHEIT

Vor dem Hintergrund regelmäßiger Cyberattacken auch auf öffentliche IT-Netze und -Systeme muss Informationssicherheit einen deutlich höheren Stellenwert erhalten als bisher. Eine moderne Verwaltung ist ohne digitale Verfahren nicht mehr möglich. Doch die Abhängigkeit von der Verfügbarkeit digitaler Infrastrukturen und Anwendungen stellt auf der anderen Seite immer neue Herausforderungen an die Informationssicherheit dar. Hinzu kommt, dass Verwaltungen sensible personenbezogene Daten verarbeiten, die durch besondere technische und

organisatorische Maßnahmen vor Angriffen geschützt werden müssen. Die Verantwortung für Informationssicherheit liegt bei der Behördenleitung, sodass einerseits das Bewusstsein für diese Verantwortung gestärkt werden muss und andererseits das Bewusstsein für notwendige Investitionen.

- Vitako fordert einen Kompetenzaufbau für Informationssicherheit in der Verwaltung und Investitionsbereitschaft in Maßnahmen der Informationssicherheit. Dazu sollte der Bund den Ländern die erforderlichen Mittel bereitstellen.

DIGITALE KOMPETENZ STÄRKEN

Digitale Bildung ist ein Beitrag, aber auch eine Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit und muss stärker in Aus- und Weiterbildung berücksichtigt werden. Das gilt für alle Altersstufen und alle Bildungseinrichtungen, aber auch für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, die ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen den notwendigen digitalen Kenntnisstand durch Fort- und Weiterbildung ermöglichen sollten. Lernende müssen die Möglichkeit zur Teilhabe an der digitalen Welt durch kompetente Nutzung und Gestaltung digitaler Medien erlangen.

- Vitako fordert, insbesondere Mitarbeitern in den Verwaltungen (und solche, die es werden wollen) diese Kompetenzen zu vermitteln. Dies ist unverzüglich in die Curricula aufzunehmen.

„VITAKO AKTUELL“ HEFT 3-2017

Auf Einladung von Vitako haben sich Anfang Juli führende Netzpolitiker zu einem Round Table-Gespräch in Berlin getroffen. Der Anlass: die Bundestagswahl am 24. September 2017. Lars Klingbeil, Konstantin von Notz, Petra Sitte, Bernd Schlömer und Thomas Jarzombek verraten, wie ihre Parteien in der kommenden Legislaturperiode die Digitalisierung voranbringen wollen. Das neue Heft erscheint Mitte August.

Digitalisierung gestalten!

Peter Kühne über die digital-politischen Forderungen von Vitako

Vitako-Vorstandsvorsitzender Peter Kühne erläutert im Gespräch die digital-politischen Forderungen der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017.

Herr Kühne, im September stehen Bundestagswahlen an. Glauben Sie, dass der Digitalisierung in der nächsten Legislaturperiode mehr Bedeutung beigemessen wird?
Die Digitalisierung umfasst immer mehr Lebensbereiche von Bürgerinnen und Bürgern, beruflich, privat und auch institutionell. Auch die Art und Weise, wie wir mit der Verwaltung oder mit Unternehmen kommunizieren, ist inzwischen von der Digitalisierung geprägt. Insofern ist es wichtig, dass diese Prozesse eine politische Struktur erhalten. Ich glaube, dies ist den politisch Handelnden auch auf Bundesebene bewusst. Im kommunalen Bereich ist die Botschaft jedenfalls längst angekommen: die Verwaltung ist heute weitgehend digital.

Vitako und die kommunalen IT-Dienstleister haben sich schon immer für digitale Verwaltungsdienste eingesetzt und sie umgesetzt. Inzwischen ist die Digitalisierung aber überall anzutreffen, und es ist wichtig, sie als Chance zu betrachten, damit sie für alle Menschen positiv nutzbar wird. Eine „Smart City“ umfasst eben viel mehr als digitale Verwaltungsprozesse. Doch der Wandel geht mitunter noch nicht auf allen Ebenen schnell und konzentriert genug voran. Daher richten wir unsere digital-politischen Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl.

Welche Forderungen erhebt Vitako?
Zunächst einmal muss man betonen, dass die Digitalisierung zum Normalfall geworden ist. Deswegen muss man sich von alten Regeln und Regelungen aus der analogen Welt verabschieden und neue Denkrichtungen einschlagen. Verwaltungsleistungen müssen neu gedacht und gestaltet werden. Beispiel: Kindergeld. Wäre es nicht angebracht, falls die Voraussetzungen vorliegen, Leistungen wie die Auszahlung von Kindergeld proaktiv auf den Weg zu bringen, anstatt Eltern einen Antragsmarathon aufzubürden? Alle Daten liegen vor, sie müssen nur behördenintern weitergeleitet werden gemäß dem alten Motto: Die Daten müssen laufen, nicht die Bürger. Hierfür muss man allerdings die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern, was die Möglichkeiten zur Weiterleitung von Daten zwischen Behörden und den Datenschutz angeht.

Peter Kühne, Vorstandsvorsitzender von Vitako, Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.

Vitako fordert auch, das Verwaltungsverfahrensgesetz entsprechend zu reformieren. Es ist an der Zeit, den automatisierten Verwaltungsakt und die elektronische Verarbeitung als Regelfall zu betrachten. „Digital first“ lautet die Devise. Das bedeutet, dass nur in begründeten Ausnahmefällen analoges Handeln wie etwa die Schriftform oder persönliches Erscheinen auf dem Amt noch erlaubt sein sollte.

Welches Recht müsste denn reformiert werden?
Uns geht es insbesondere um gesetzliche Regelungen oder Vorschriften, die bisher das oben genannte „Digital first“ einschränken. Verwaltungen verfügen schon heute über sehr viele

Daten, mit denen sie arbeiten müssen und die bislang wegen der strengen Zweckbindung nicht zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden dürfen. Technisch wäre dies auch unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte möglich. Eine Verknüpfung bestehender Register würde dabei helfen, Daten zwischen Behörden auszutauschen. Es müsste deshalb auch das Datenschutzrecht geändert werden. Wir meinen, dass bei Zustimmung der Betroffenen eine Weiterleitung vorhandener Daten zwischen Behörden möglich sein sollte. So könnte das vorhin erwähnte Beispiel des Kindergeldes als automatisierter Prozess vonstattengehen.

Ein weiteres Thema, dass mich umtreibt: In der Praxis erlebe ich, dass aus der Angst heraus, die Digitalisierung von Prozessen könne zur Überwachung oder Verhaltenskontrolle von Mitarbeitern missbraucht werden, die Einführung neuer Verfahren durch Betriebs- oder Personalräte verzögert oder behindert wird. Ich gehe davon aus, dass Mitarbeiterkontrolle, -überwachung und die Nutzung von Daten für personalrechtliche Maßnahmen kategorisch ausgeschlossen sind. Dies sollte es Betriebs- und Personalräten erlauben, die Digitalisierung konstruktiv begleiten.

Wie wahrscheinlich ist eine Rechtsänderung?

Er gibt ja bereits Rechtsänderungen – zum Beispiel im Rahmen des Normenscreening bezüglich des Schriftformerfordernisses. Der Prozess muss jedoch stark beschleunigt und deutlich erweitert werden. Oft würde es sicherlich helfen, wenn Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Kommentare die Auslegung von Rechtsvorschriften vereinfachen und den Verwaltungen bei der Neugestaltung von Prozessen Hilfestellung geben.

Gibt es weitere Forderungen seitens Vitako?

Ja, der Breitbandausbau muss weiter und schneller vorangetrieben werden. Wir als kommunale IT-Dienstleister können nur unterstreichen, dass dieses Erfordernis gerade für Kommunen eine besondere Bedeutung hat. Vitako hat inzwischen elf Regionalkonferenzen zur „Digitalen Agenda für Kommunen und Regionen“ veranstaltet. Bei allen stand das Thema Breitband ganz oben auf der Agenda. Eine performante Breitband-Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für alle Digitalisierungsbemühungen. Damit der ländliche Raum seine hohe Attraktivität für Bürger und für Unternehmen erhalten kann, müssen hohe Bandbreiten gewährleistet sein. Verstärkt durch Gebietsreformen und dadurch verlängerte Wege sollte schon heute jeder Bürger und jedes Unternehmen über eine Gigabit-Versorgung verfügen, egal ob stationär oder mobil.

Das dürfte ja auch für Behörden auf dem Lande relevant sein.

Ganz sicher. Natürlich muss auch die Infrastruktur von Behörden und Verwaltungen mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten. Nicht nur in puncto Geschwindigkeit, sondern auch was die Integration von IT in interne Verwaltungsprozesse und die Schaffung weiterer digitaler Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Wirtschaft anbelangt. Wir finden, dass sich an dieser Stelle Bund, Länder und Kommunen zusammentun und eine föderale IT-Architektur errichten sollten und den koordinierten Ausbau der Infrastrukturen über alle föderalen Ebenen hinweg forcieren müssen. Das betrifft auch den vom Bund geplanten Portalverbund, in den die vorhandenen kommunalen Portale schon aus Kostengründen unbedingt integriert werden müssen. Wir bieten gerne unser Know-how an und fordern, beim Aufbau einer föderalen IT-Architektur beteiligt zu werden. Interoperabilität und eine Standardisierung der Schnittstellen bleibt für uns weiterhin das Gebot der Stunde.

„Digital first“ lautet die Devise – analoges Handeln sollte nur noch in Ausnahmefällen erlaubt sein

Bedeutet mehr Digitalisierung und Vernetzung nicht auch eine größere Gefahr für die Informationssicherheit?

Informationssicherheit muss einen deutlich höheren Stellenwert im Verwaltungskontext erhalten. Eine moderne Verwaltung ist ohne digitale Verfahren nicht mehr möglich, gleichzeitig besteht eine zunehmende Abhängigkeit von der Verfügbarkeit digitaler Infrastrukturen und Anwendungen. Hinzu kommt, dass die Verwaltung auf einem Schatz personenbezogener Daten sitzt, den es gut zu schützen gilt, da die Daten von großem wirtschaftlichen Interesse sind. Aus diesem Grund fordern wir den systematischen Kompetenzaufbau für Informationssicherheit in der Verwaltung. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen kontinuierlich weitergebildet und für die ständig neuen Gefahren im Netz sensibilisiert werden. Die Kosten für die Absicherung der digitalisierten Lösungen vor Angriffen von außen werden in den nächsten Jahren steigen! Dies kostet Geld, und wir finden, dass Bund und Länder die erforderlichen Mittel bereitstellen müssen.

Wieso tritt Vitako erstmalig mit digital-politischen Forderungen an die Politik heran?

Es ist deutlich zu spüren, dass die Digitalisierung auch von höchster Stelle, also vom Bund, sehr ernst genommen wird. Vitako hatte sich schon im Frühjahr beim Onlinezugangsgesetz (OZG) sehr engagiert und die Stärken der kommunalen Ebene in die Diskussion eingebracht. Da ist es naheliegend, vor der Bundestagswahl mit digital-politischen Forderungen aufzutreten, auch um das Bewusstsein für die Rolle der kommunalen IT zu stärken. Verschwiegen werden sollte aber auch nicht, dass wir seit Bestehen des Verbandes als kompetenter Ratgeber für die Verwaltungen aller Ebenen bei der Gesetzgebung auftreten.

Das gilt besonders auch beim letzten Thema: Wir halten es für notwendig, die digitale Kompetenz von Verwaltungsmitarbeitern insgesamt, also nicht nur bei der schon erwähnten Informationssicherheit, zu stärken. Digitale Bildung ist ein Beitrag, aber auch eine Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit und muss stärker in Aus- und Weiterbildung berücksichtigt werden. Damit die Digitalisierung gelingt und es keine Abgehängten gibt, müssen alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an der digitalen Welt durch kompetente Nutzung und Gestaltung digitaler Medien erlangen.

FRAGEN: HELMUT MERSCHMANN, VITAKO

Wegbegleiter des digitalen Wandels

Vitako-Impressionen vom Zukunftskongress 2017

Der 5. Zukunftskongress Staat & Verwaltung am 20. und 21. Juni 2017 in Berlin hat für sich in Anspruch genommen, eine Leitveranstaltung der Verwaltungsmodernisierung zu sein. Dieses Jahr konnte man tatsächlich den Eindruck eines neuen Aufbruchs gewinnen – so einstimmig fiel das Votum der Teilnehmer für eine schleunige Umsetzung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen aus.

Nach den letztlich guten Erfahrungen mit dem Aufbau eines Kerndatensystems für das Asylverfahren und vor dem Hintergrund einer neuen Gesetzeslage durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) stehen die Chancen für eine Ebenen übergreifende Digitalisierung nicht schlecht.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte in seiner Keynote, „Verwaltung neu zu denken“.

Stichwort: Portalverbund.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte auf dem Zukunftskongress, „Verwaltung neu zu denken“, denn analoge Prozesse könnten nicht ohne weiteres ins Digitale übertragen werden. Deshalb sei es notwendig, vom Zuständigkeitsdenken der Verwaltung abzurücken und die Bürgerperspektive in den Fokus zu nehmen. Der geplante Portalverbund, gab sich der Minister überzeugt, werde binnen fünf Jahren eine Digitalisierungsoffensive einleiten. Gleichzeitig könne die Digitalisierung „eine Chance für das Recht“ bedeuten, das sich den Veränderungen durch Technik anpassen müsse. Damit spielte er auch auf die Sicherheitsgesetzgebung an. „Gute Digitalpolitik sieht immer beide Seiten, die Freiheiten und ihre Grenzen“, so de Maizière.

DIGITAL IST ÜBERALL

Ob Bildungspolitik, Arbeit 4.0 oder Verwaltung 24/7 – die Digitalisierung greift in jedem Sektor um sich, allerdings an verschiedenen Orten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Chan Cheow Hoe, CIO von Singapur, zeigt an spannenden Beispielen wie „smart“ eine City sein kann, wenn genügend politischer und gesellschaftlicher Wille vorhanden sind. Hiervon ist Deutschland noch weit entfernt.

„Digital ready - Welche Rechtsanforderungen hat die kommunale Praxis?“ Es diskutierten: Sönke Schulz (Schleswig-Holsteinischer Landkreistag), Johann Bizer (Dataport), Ralf Resch (Vitako), Jörn Riedel (CIO Freie und Hansestadt Hamburg).

Jens Spahn, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, hielt am zweiten Kongresstag bei der sogenannten „Staatssekretärsrunde“ jedoch daran fest, dass „in den letzten fünf Jahren schon viel passiert“ sei und die vorhandene Digitale Agenda nicht revidiert, sondern ständig aktualisiert werden müsse. Im geplanten Portalverbund sieht er einen „großen Schritt nach vorn“. Sein bayerischer Kollege, Staatssekretär Albert Füracker, schilderte die Digitalisierungssituation in seinem Bundesland, wo Bürgerportale vielerorts schon eingeführt sind, und verwies beim flächendeckenden Aufbau von Breitband, WLAN und 5G auf die von der bayerischen Verfassung garantierte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. Demnach rückt die Verfügbarkeit schneller Internetzugänge in die Nähe eines Grundrechts.

Vitako-Vorstand Reinhold Harnisch berichtet über IT-Sicherheit.

HALB VOLLE GLÄSER

Als Moderator Johannes Ludewig, zugleich Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats, nach dem Grund der auf dem Podium verbreiteten Zuversicht angesichts des „langsamen Tempos der letzten Legislatur“ fragte, wurde auch auf diesem Podium der Ruf nach einer Reform des Datenschutzes laut. Solange der Datenaustausch zwischen Behörden vom Datenschutz blockiert werde, könne es kein „Once only“ und keinen vollständig automatisierten Verwaltungsakt geben.

Um hier voranzukommen, erklärte Jens Spahn, müssten Bund, Länder und Kommunen besser zusammenarbeiten. Thorben Albrecht, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, gab zu bedenken, dass dies nicht nur „Top-down“ geschehen dürfe, sondern auch im Rahmen einer Veränderungskultur.

Johannes Ludewig jedoch hielt daran fest, dass das Ressortprinzip nur von einer übergeordneten Autorität überwunden werden kann. Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, den Föderalismus beizubehalten. Inwieweit die aktuellen digitalpolitischen Überlegungen für und wider eines eigenen Ministeriums für Digitales in dieselbe Richtung zielen, wird sich erweisen.

AUTOR: HELMUT MERSCHMANN, VITAKO

Der Realität ins Gesicht schauen

Jahreskonferenz von Major Cities of Europe in Zagreb

Alle Jahre wieder treffen sich Vertreter öffentlicher Verwaltungen aus ganz Europa zur Konferenz der Major Cities of Europe, um über die Digitalisierung der Verwaltung zu diskutieren und ihre Erfahrungen auszutauschen. „The Digital Future – Cities Facing the Reality“ lautete das diesjährige Motto der Konferenz, die vom 12. bis 14. Juni 2017 in der kroatischen Hauptstadt Zagreb stattfand. Auch Vitako war in diesem Jahr als Kongresspartner und Konferenzteilnehmer wieder mit von der Partie.

Kongress-Arbeit: Teilnehmer des World-Cafès zumThema Project Failure am dritten Kongresstag. (Foto: T. Siegfried)

Im Vordergrund dieser jährlich stattfindenden Konferenz stand wie immer der Erfahrungsaustausch und das Networking mit kommunalen Praktikern aus ganz Europa. Vitako selbst hatte 2010 den MCE-Jahreskongress im Berliner Roten Rathaus ausgerichtet.

Traditionell steht erste Tag im Zeichen des Gastgeberlandes. So stellten mehrere kroatische Regierungsvertreter sowie die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Zagreb ihre vielfältigen Digitalisierungsansätze vor.

Eines der Wahrzeichen von Zagreb: die St. Markus-Kirche mit dem Stadtwappen. (Foto: T. Siegfried)

KOSMETISCHE LÖSUNGEN

Der zweite Tag startete mit einer Veranstaltungsreihe zur Frage, ob die Versprechen eingelöst wurden, die seit 20 Jahren unter dem Stichwort E-Government oder auch Transformation der öffentlichen Verwaltung gemacht werden. Auf Englisch: „E-Government – Putting lipstick on a pig?“

Hat eine Transformation wirklich stattgefunden oder waren alle Bemühungen bisher nur reine Kosmetik? Die Antworten fielen erwartungsgemäß unterschiedlich aus und waren geprägt von den jeweiligen lokalen Erfahrungen der Teilnehmer.

Liora Shechter, CIO aus Tel Aviv, berichtete über neue Ansätze der Stadtverwaltung, die sich einerseits intensiv um Startups kümmert, andererseits aber auch viele Services online für ihre Bürger zur Verfügung stellt und dabei stets neueste Technologietrends ausprobiert. Jörn Riedel, CIO in Hamburg, erläuterte aktuelle Projekte der digitalen Transformation aus Hamburg, und Paul Waller und Vishanth Weerakkody von der Londoner Brunel Unviersity stellten ihre Forschungsergebnisse zum Thema „The Failure of E-Government“ vor.

Der Einfluss neuer Technologien auf die öffentliche Verwaltung stand im Mittelpunkt der gleichnamigen Session des zweiten Tages. Eleonora Harwich aus Großbritannien, Helen Wexler aus Jerusalem und Dieter Rehfeld von der regio iT Aachen berichteten über aktuelle Projekte. Dieter Rehfeld führte in seinem Vortrag aus, dass Stadtverwaltungen wie IT-Dienstleister gut beraten seien, sich mit dem Thema „Distributed Ledger Technology“ zu beschäftigen.

Der dritte Konferenztag begann mit einer Runde von World Cafés, einem Format, das von den Teilnehmern gut angenommen wurde. Es entspannen sich intensive Diskussionen zu sehr unterschiedlichen Themen wie Bürgerpartizipation, Fehlerkultur (project failure), Künstliche Intelligenz sowie Open und Big Data.

Bei Kongressende stand noch nicht fest, welche europäische Stadt im nächsten Jahr Gastgeber sein wird.

AUTORIN: TINA SIEGFRIED, VITAKO

DSGVO und OZG

Blankenheimer Kreis diskutiert aktuelle IT-Themen

Der Blankenheimer Kreis traf sich am 28. und 29. Juni 2017 in großstädtischem Ambiente, in München. Von besonderem Interesse waren bei den Diskussionen zwei Punkte: zum einen der Vortrag über die Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) und das kürzlich beschlossene Online-Zugangsgesetz.

Eugen Ehmann, Regierungsvizepräsident Mittelfranken, referierte zur Anwendung und den Folgen der DSGVO. Diese sieht nunmehr scharfe Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen vor, die das bisherige EU-Recht und das nationale Datenschutzrecht nicht ermöglicht haben. Damit ergeben sich aber auch Auswirkungen unter anderem auf die Auftragsdatenverarbeitung, was im Kreise der Teilnehmer intensiv diskutiert wurde.

Kern waren die Fragen zur Anpassung bestehender Verträge zwischen Kunden und Auftragsdatenverarbeitern, der neue allgemeine Rechtsrahmen für die Auftragsdatenverarbeitung und die neuen Strukturen auf europäischer Ebene.

ANPASSUNG DER VERTRÄGE

Hierzu wurde Klarheit geschaffen: Eine Anpassung bestehender Verträge mit Kunden zur Auftragsdatenverarbeitung sollte pragmatisch gehandhabt werden. Bei längeren Laufzeiten ist eher Handlungsbedarf zu sehen als bei Verträgen mit einer Laufzeit von einem Jahr. Bezüglich der Regelung der Auftragsverarbeitung sieht die Verordnung abschließend drei Möglichkeiten vor (Art. 28 Abs. 3: gesetzliche Vorgaben, EU-Recht oder Vertrag). Schließlich wird der EU-Datenschutzausschuss die bisherige „Gruppe nach Art. 29“ ersetzen.

Deutschland hat dort nur eine Stimme, daher sollte die europäische Ebene auch von Vitako stärker beobachtet und gegebenenfalls bereits frühzeitig die Interessen der kommunalen IT-Dienstleister eingebracht werden.

OZG UND PORTALVERBUND

William Schmitt, Geschäftsführer KIVBF, berichtete, dass der Bund erhebliche Finanzmittel zur Verfügung hat für den Fall, dass die Kommunen den Portalverbund nicht aufbauen können. In der Diskussion herrschte daraufhin Einigkeit darin, dass ein Engagement in Form eigener Konzepte Sinn macht. Kern sei dabei die Interoperabilität der Servicekonten. Die Diskussion hierzu wird im Vorstand fortgesetzt und auf der Mitgliederversammlung berichtet.

AUTOR: RALF RESCH, VITAKO

Kommunale Praxis trifft Justiz

Erfahrungsaustausch zum Ersetzenden Scannen

Die im Mai von Vitako, KGSt und dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gemeinsam herausgegebene Leitlinie zum ersetzenden Scannen ist in der Praxis auf großes Interesse gestoßen und erfreut sich großer Beliebtheit, wie die hohen Downloadzahlen von mehr als 1000 in den ersten vier Wochen zeigen.

Die Leitlinie ist vor allem mit dem Praxiswissen aus Projekt- und Arbeitsgruppen entstanden. Mitglieder der Vitako-Projektgruppe kamen Ende Juni noch einmal zu einem Treffen in Berlin zusammen, um sich mit Vertretern der Justiz auszutauschen. Sowohl Kommunalverwaltungen als auch die Justiz befassen sich beim Scannen mit den gleichen Fachfragen. Der Erfahrungsaustausch stieß somit auf beiden Seiten auf reges Interesse. Wie Medienbrüche zu vermeiden sind, wie die Ausstattung der Arbeitsplätze aussehen soll oder Fragen nach zentralem oder dezentralem Scannen beschäftigen derzeit die Justiz in Bayern. Corinna Pabst vom IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz berichtete in ihrem Vortrag über das Pilotprojekt E-Akte beim Landgericht Landshut und stellte erste Projekterfahrungen vor.

Auch Lutz Rentzow vom Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern informierte über Pilotvorhaben des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im Land. Die Reihe der Erfahrungsberichte wurde abgeschlossen von Andreas Gippert, der von den Erfahrungen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald im Pilotprojekt des E-Justice-Programms in Baden-Württemberg berichtete.

Bereits während der Vorträge entspannen sich lebhafte Frage- und Antwortrunden sowie Diskussionen unter den Teilnehmern. Die Vortragsreihe wurde komplettiert durch zwei Berichte über die Zertifizierung von Dienstleistern. Dr. Astrid Schumacher vom BSI erläuterte das Procedere für die BSI-Zertifizierung. Dieser Bericht wurde ergänzt von Christian Staack vom Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern, welches bereits zertifiziert wurde.

Angesichts des großen Informationsbedarfs wurde der Wunsch nach weiteren Treffen und Erfahrungsaustausch geäußert. Der Deutsche Landkreistag hat sich inzwischen bereit erklärt, diesem Wunsch zu entsprechen und weitere Sitzung zu initiieren. Vitako wird die Erfahrungen seiner Mitglieder wie auch der Teilnehmer der Projektgruppe in diese neue Runde einbringen.

AUTORIN: TINA SIEGFRIED, VITAKO

DIE 100 WICHTIGSTEN VERWALTUNGSDIENTE

Welches sind die wichtigsten und am häufigsten genutzten Verwaltungsleistungen für Unternehmen? Eine jetzt veröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) analysiert, in welchen Bereichen Unternehmen aktuell mit der Verwaltung Kontakt haben und wo sie durch Bürokratie belastet werden. Unter rund 5.500 analysierten Verwaltungsleistungen identifiziert die Studie die 100 wichtigsten Verwaltungsleistungen für Unternehmen, die einen hohen Erfüllungsaufwand verursachen und ein hohes Digitalisierungspotenzial bieten. Diese 100 Verwaltungsleistungen sollen künftig bundesweit einheitlich online angeboten werden.

Die Studie beschreibt die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Digitalisierung der Verwaltungskontakte von Unternehmen und stellt den Status digitaler Angebote der deutschen Verwaltung für Unternehmen dar. Sie analysiert, in welchen Bereichen Unternehmen aktuell mit der Verwaltung Kontakt haben und durch Bürokratie belastet werden und leitet daraus Hinweise und Kriterien für die Auswahl relevanter Verwaltungskontakte aus Unternehmensperspektive ab. Abschließend stellt sie die wichtigsten Verwaltungskontakte vor und gibt einen Ausblick auf die weiteren Umsetzungsüberlegungen.

Zum Download der Studie: **Link**

ÖFIT unter neuer Flagge

Peter Parycek übernimmt die Leitung des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT)

Der E-Governance-Experte Peter Parycek kommt von der Donau-Universität Krems nach Berlin, um mit der vom Bundesministerium des Innern (BMI) geförderten Denkfabrik ÖFIT am Fraunhofer-Institut FOKUS wichtige Impulse für die erfolgreiche Digitalisierung im Öffentlichen Raum zu setzen. Parycek hat die Leitung des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) am 1. Juli 2017 übernommen.

Mit Peter Parycek hat das Kompetenzzentrum ÖFIT einen profilierten Experten für die Digitalisierung im öffentlichen Raum gewonnen. Als bisheriger Leiter des Departments für E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung an der Donau-Universität Krems kennt Parycek die vielfältigen Debatten rund um den Digitalen Wandel sowohl aus öffentlicher Sicht, als auch aus Unternehmensperspektive.

Der Rechtsinformatiker bringt überdies viel Praxiserfahrung mit, die er in mehrjähriger Beratertätigkeit, unter anderem für das österreichische Bundeskanzleramt erworben hat. Parycek zählt zu den führenden Köpfen der Open-Government-Bewegung im deutschsprachigen Raum und hat sich in den Führungsgremien diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen einen Namen gemacht.

BUCHTIPP

COMICBAND: „BIG DATA: IM SCHATTEN DER ANGST"

Am Supermarkt geben wir der Kassiererin beim Bezahlen ein Kärtchen, auf dessen Chip unsere Treuepunkte vermerkt sind, und durch den die Supermarktkette unser Einkaufsverhalten kennenlernt. Autoversicherungen gehen dazu über, mit Chips im Auto das Fahrverhalten ihrer Kunden zu überprüfen, und Krankenversicherungen nehmen gern unsere Fitnessdaten in Empfang.

Dafür gibt es Rabatte auf den Einkauf und auf die Versicherungspolicen. Und Firmen tauschen ihre Daten aus. Wer wenig für seine Gesundheit tut und schlecht Auto fährt, ist wahrscheinlich auch kein besonders sicherer Kreditnehmer, so heißt es. Wer seine Daten nicht herausrückt, zahlt also mehr als die anderen und gerät bald in Verdacht, etwas zu verbergen zu haben.

Die Datensammelei der großen Internetfirmen beginnt die Gesellschaft zu verändern. Wer keine Daten preisgibt, lebt teurer und isoliert sich sozial. Wissenschaftler beschäftigen sich mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen, und die Autoren dieses Comics haben sie interviewt und ihre Erkenntnisse im Selbstversuch getestet. Ergebnis: Es ist fast unmöglich, Big Data zu entkommen.

„Big Data: Im Schatten der Angst", ISBN 978-3-946593-50-8, 64 Seiten, farbig, Hardcover, EUR (D) 15,–, erscheint im August bei Jacoby & Stuart

Redundante Hochsicherheit

Ein neues Rechenzentrum für den LVR und die Stadt Köln

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und die Stadt Köln beziehen ein zweites gemeinsames Rechenzentrum. Damit wird die Anzahl der RZ-Standorte der beiden Partner von ehemals vier auf zwei halbiert.

Der LVR verfügt über zwei redundante Hochsicherheits-Rechenzentren an unterschiedlichen Orten in Köln. Neben dem 2011 gemeinsam mit der Stadt Köln bezogenen Rechenzentrum in Köln-Chorweiler befindet sich das zweite Rechenzentrum seit 1988 im LVR-Haus in Köln Deutz. Nach rund drei Jahrzehnten RZ-Betrieb heißt es für den zweiten Standort nun: „auf zu neuen Ufern“.

Aufgrund des bevorstehenden Neubaus des LVR-Hauses musste für das Rechenzentrum ein neuer Standort gesucht werden. Da auch die Stadt Köln ein neues RZ benötigt – der aktuell genutzte zweite Standort im Stadthaus Deutz ist technisch erneuerungsbedürftig – entschieden sich die beiden Partner abermals für eine Kooperation: An einem neuen Standort in Köln Kalk soll ein sogenanntes „Data Center as a Service“ (DCaaS) gemeinsam genutzt werden. Hiervon verspricht man sich, wie bereits am gemeinsamen Standort Köln Chorweiler bewiesen, ein Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit.

DATA CENTER AS A SERVICE

Im Detail versteht man unter „Data Center as a Service“ die Anmietung eines Rechenzentrums einschließlich der kompletten Nicht-IT-Infrastruktur, wie zum Beispiel Elektroversorgung, Notstrom, Klima, Brandschutz, Zutrittskontrolle, Einbruchschutz und so weiter. Sogar die Serverschränke und die passive Netzwerk-Verkabelung wird der neue Dienstleister nach genauen Vorgaben bauseits zur Verfügung stellen.

Die jeweiligen IT-Häuser LVR-InfoKom und das Amt für Informationsverarbeitung der Stadt Köln bringen die IT mit, also Server, Gateways, Datenspeicher und die aktive Netzwerktechnik.

In einer europaweiten Ausschreibung konnte ein Anbieter gefunden werden, der die hohen Anforderungen der Partner an ein sicheres und energieeffizientes Rechenzentrum erfüllen kann. Der Mietvertrag wurde schließlich am 1. März 2017 unterschrieben. Die Übergabe des neuen Rechenzentrums an den LVR und die Stadt Köln soll im Herbst 2018 stattfinden. Bis dahin ist jedoch noch einiges zu tun. Damit der Umzug reibungslos über die Bühne geht, muss alles bis ins kleinste Detail geplant und durchgeführt werden. Mit der neuen Heimat für die IT des LVR und der Stadt Köln sind dann alle Voraussetzungen geschaffen, auch weiterhin den hohen kommunalen Standard an Sicherheit und Verfügbarkeit sicherzustellen.

AUTOR: ROBERT HELFENBEIN, LVR-INFOKOM

Wind of change

Die Digitalisierung hält Einzug in den Kommunen

Der Kunden-Informationstag 2017 des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen Ulm (KIRU) mit dem Schwerpunktthema Digitalisierung fand in lockerer Atmosphäre bei bestem Wetter am Standort in Reutlingen statt. Rund 220 Mitglieder und Kunden informierten sich über aktuelle Entwicklungen und Trends aus dem Themenbereich der kommunalen Informationsverarbeitung.

Reges Interesse riefen die Keynotes und 26 Kurzvorträge zu Aspekten der Digitalisierung in Kommunen auf dem Kunden-Informationstag 2017 des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen Ulm (KIRU) hervor. Im Bild: ein moderierter Rundgang für Gremienmitglieder der KIRU. (Foto: KIRU)

Großes Interesse zeigten die anwesenden Gäste an den drei Keynote-Vorträgen zum Thema Digitalisierung, der Vortragsraum war mit circa 100 ZuhörerInnen sehr gut besetzt. Mike Weber vom Fraunhofer-Institut Berlin näherte sich dem Thema aus Sicht der Wissenschaft. Im Bereich E-Government sieht er noch viel Handlungsbedarf, was unter anderem auch eine Erhebung aus 2016 ergeben hat: Der Anteil an durchgängigen Online-Verfahren ist noch sehr gering. Aus seiner Sicht wird die digitale Transformation im öffentlichen Sektor zukünftig vor allem von drei Themenfeldern mit beeinflusst werden: dem algorithmischem Verwalten, der Vernetzung im öffentlichen Raum und der Blockchain-Technologie. In seinem Vortrag beschrieb Weber diese seiner Meinung nach heraufziehenden „Sturmböen“ und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Kommunen.

LEITREGION BW

Natalia Jaekel von der Stabsstelle Digitalisierung im Innenministerium Baden-Württemberg erläuterte die „Digitale Agenda“ der Landesregierung. Ziel sei eine ressortübergreifende, landesweite Digitalisierungsstrategie: Baden-Württemberg soll zur digitalen Leitregion werden. Unter anderem soll der Breitbandausbau vorangetrieben, eine digitale, cloudbasierte Bildungsplattform aufgebaut und Modelle als sogenannte Leuchtturmprojekte für die“ Digitale Zukunftskommune@BW“ entwickelt werden. Für die E-Government-Plattform service-bw.de sind bis Ende 2017 weitere digitale Anwendungen geplant.

EIGENE STRATEGIEN

Die Chancen für Kommunen mit und durch die Digitalisierung betrachtete Dirk Leißner, Gesamtprojektleiter „Digitalisierung“ im Datenverarbeitungsverbund Baden-Württemberg. Er betonte, dass die Digitalisierung in der Kommune mit der E-Akte beginne. Weitere Umsetzungsmöglichkeiten sind zum Beispiel die digitale Ratsarbeit und die E-Rechnung. Er empfiehlt den Kommunen, ihre eigene, örtliche Digitalisierungsstrategie zu entwickeln.

... Kommunen brauchen eigene örtliche Digitalisierungsstrategien...

3D AUS DEM ZUKUNFTSLABOR

Neben den Keynote-Vorträgen gab es ein interessantes und abwechslungsreiches Tagesprogramm mit 25 Präsentationsständen von A wie Abrechnungsservice bis Z wie Zeiterfassung, 26 Kurzvorträgen zu Fachthemen sowie moderierte Rundgänge für Führungskräfte. Im Rahmenprogramm konnten die Gäste einen Blick in die 3D-Welt aus dem Zukunftslabor der Firma Create aus Reutlingen wagen. In zwei Kurzvorträgen zum Gesundheitsmanagement gab es Tipps dazu, wie man den sitzenden Bürotag besser in Bewegung bringt. Zum Ausklang des Tages zeigten KIRU-MitarbeiterInnen ihre „andere Seite“ mit Live-Musik von der „KIRU-Band“.

Viel positives Feedback äußerten die Gäste des Kundentages. „Diese Veranstaltung hat uns sehr begeistert“, sagte Gerlinde Bokowski aus der Gemeindeverwaltung in Dietingen. „Die Vorträge und Informationen waren perfekt, Freundlichkeit und Entgegenkommen des Personals an den Info-Ständen sehr gut, Verpflegung optimal, rundum eine gelungene Veranstaltung.“

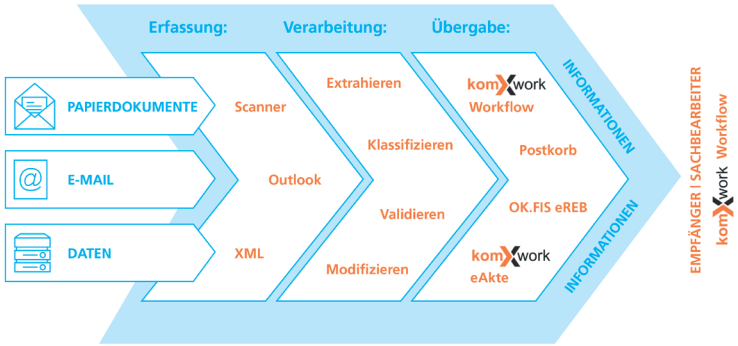
AUTORIN: LINDA HANSELMANN, KIRU

Intelligente Poststelle

AKDB bietet lernfähige digitale Posteingangsverarbeitung an

Neben der digitalen Kommunikation per E-Mail ist die klassische Briefzustellung in vielen Verwaltungen immer noch das wichtigste Kommunikationsmittel. Die Poststelle sichtet, erfasst und sortiert die eingehende Post und leitet sie an die jeweiligen Verantwortlichen und Abteilungen weiter. Bei einem hohen Postaufkommen ist der Aufwand für die interne Verteilung der Post entsprechend groß. AKDB und LivingData GmbH bieten nun die Digitalisierung solcher Prozesse an.

Die intelligente digitale Posteingangsverarbeitung eröffnet Verwaltungen große Optimierungspotenziale – vorausgesetzt, die bestehenden Regeln können übernommen und flexibel angepasst werden. Wie kann das am besten gelingen? Der gesamte Prozess lässt sich durch den Einsatz von automatisiertem Dokumenten-Scanning mit Inhaltserkennung und intelligenter Dokumentenklassifizierung realisieren. Die LivingData GmbH ist anerkannter Spezialist auf dem Gebiet der Optimierung digitaler Geschäftsprozesse in Verwaltungen. Sie berät und unterstützt Verwaltungen umfassend bei Einführung und Weiterentwicklung digitaler Posteingangsverarbeitung.



INTELLIGENTE POSTEINGANGSVERARBEITUNG

Entscheidend für die Arbeitsersparnis ist der Grad der möglichen Automatisierung. Indem sie den Kontext erkennt, lernt die Software, die verschiedenen Belegarten intelligent zuzuweisen. Erkannte Zeichenfolgen werden mit hinterlegten Schlagworten auf Übereinstimmung geprüft und nach definierten Regeln gewichtet. Viele Identifier, also Identifizierungszeichen mit entsprechend hoher prozentualer Gewichtung, führen zu einer hohen Bestimmungsgenauigkeit der Belegart. Je intelligenter das System ist, desto besser entlastet es Verwaltungen in der Postverteilung.

ANALOGE PROZESSE DIGITAL ABBILDEN

Bei der digitalen Posteingangsverwaltung wird die Eingangspost mit der Lösung AKDB-Capture zentral verscannt, automatisch vorsortiert und mit allen relevanten Meta-Daten – Username, Datum, Scanstation oder Vermerke – erfasst und abgespeichert. Die Eingangspost wird automatisch nach bestimmten Begriffen und Regeln klassifiziert, z. B. Rechnungen, um eine effiziente Verteilung und Bearbeitung zu gewährleisten. Das System überstellt die klassifizierten Eingangsdokumente automatisch in die elektronischen Postkörbe und berücksichtigt dabei Verwaltungsstruktur und Ablauforganisation.

Dokumente der Klasse „Rechnung“ können an das elektronische Rechnungseingangsbuch OK.FIS eREB übergeben werden. Was Technik alleine nicht leisten kann, wird durch die Kompetenz der Mitarbeiter ergänzt: Der Validierungs-Client unterstützt Sachbearbeiter dabei, Dokumente, die nicht vollautomatisch eindeutig zugeordnet werden können, zu validieren und zu verteilen. Die regelbasierte Verteilung der Post bildet die Grundlage für die anschließenden komXwork-Workflows. Das intelligente Zusatzmodul „Digitale Poststelle“ ist die ideale Ergänzung zum Workflow mit dem Verwaltungs-DMS komXwork.

Die Vorteile des digitalen Posteingangs mit komXwork auf einen Blick:

- automatische Empfängerzuordnung und Klassifizierung der Sendungen
- effizienteres Arbeiten ohne Medienbrüche
- reduzierter manueller Arbeitsaufwand, standortübergreifende Postverteilung
- hohe Transparenz und Auskunftsfähigkeit
- weniger Wege- und Liegezeiten
- schnellere Fallbearbeitung

AUTOR: HANS STEINBERGER, LIVINGDATA GMBH

Intelligente Messsysteme

Stadtwerke Velbert setzen auf GWA-Lösung der regio iT.

Die Stadtwerke Velbert entscheiden sich für die GWA-Lösung der regio iT GmbH. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens hat der kommunale IT-Dienstleister mit Sitz in Aachen mit seiner schlanken und praxisnahen Lösung für Messstellenbetreiber überzeugt.

Vertragsunterzeichnung bei den Stadtwerken Velbert (v.l.n.r.) // Michael Diermann (Abteilungsleiter Stadtwerke Velbert), Stefan Freitag (Geschäftsführer Stadtwerke Velbert), Dieter Ludwigs (Geschäftsführer regio iT), Thomas Schulz (Projektmanager regio iT).

Besonders punkten konnte die regio iT mit den Add-on-Themen für Mehrspartenlösungen auf Basis der Messsystem-infrastruktur. „Mit der regio iT haben wir einen Partner gefunden, der das Thema Digitalisierung und Energiewende ganzheitlich angeht – mit einem 360-Grad-Blick auf Infrastruktur, Organisation und Prozesse“, begründet Stefan Freitag, Geschäftsführer der Stadtwerke Velbert GmbH, die Entscheidung für die regio iT. Das Unternehmen verfügt seit 2009 über die für die Gateway-Administration erforderliche Zertifizierung nach ISO 27001 und wird im Sommer 2017 die GWA-Zertifizierung erhalten.

Aktuell betreibt die regio iT als Gateway-Administrator rund 200 intelligente Messsysteme der neuesten Generation spartenübergreifend für ihre bundesweiten Kunden. Rund 4.000 moderne Messeinrichtungen (Direktanschluss- und Messwandlerzähler) kommen hierbei zum Einsatz. Der Aachener Pilot, gestartet Mitte 2015 mit voraussichtlicher Laufzeit bis Oktober 2017, ist gekennzeichnet durch einen äußerst stabilen Systembetrieb sowie die Kompatibilität zu zahlreichen Geräteherstellern.

Über Starter-Workshops und anschließender Workshop-Reihe zum intelligenten Messwesen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimal auf den operativen Regelbetrieb vorbereitet – immer ausgerichtet an den gesetzlichen Anforderungen des Verteilnetz- bzw. Messstellenbetreibers. Und durch eine weitestgehend automatisierte Lösung wird der Aufwand für Verteilnetzbetreiber gering gehalten.

AUTORIN: BIRGIT BECKER, REGIO IT

Strategische Partnerschaften

15 Bürgermeister unterzeichnen Vereinbarung mit HannIT

Am 14. Juni diesen Jahres kam es im Feuerwehrhaus von Gehrden zu einem historischen Zusammentreffen: Während der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie des Oberbürgermeisters in der Region Hannover unterschrieben 15 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine Partnerschaftsvereinbarung mit HannIT.

Bereits zuvor hatte der Regionspräsident am 1. Juni eine gleichlautende Vereinbarung unterzeichnet, weitere Trägerkommunen bereiten die Unterzeichnung vor. Die Partnerschaftsvereinbarungen gehen auf die Ergebnisse einer gemeinsamen Strategietagung im November 2016 zurück.

Die Neuausrichtung bindet die Anstalt öffentlichen Rechts noch enger an die beteiligten Träger. „Wir haben eine vertiefte Zusammenarbeit im Partnerkreis, eine gegenseitige Information und ein abgestimmtes Angebot vereinbart“, erklärte Dirk Musfeldt, Vorstand der HannIT AöR. Dazu gehören auch Verabredungen zu Wirtschaftlichkeit und Qualität sowie einer bevorzugten Berücksichtigung von HannIT als IT-Dienstleister. „Durch diese Partnerschaften können wir nun das gesamte Service-Portfolio von HannIT an den Anforderungen der

Dirk Musfeldt (HannIT), Regionspräsident Hauke Jagau (Mitte) und Cora Hermenau bei der Vertragsunterschrift.

Partner ausrichten und sogar erweitern“, so Musfeldt. Im neu eingerichteten Arbeitskreis Produkt-Portfolio erarbeiten die Träger künftig gemeinsam mit HannIT Empfehlungen zum Service-Angebot des Unternehmens. „Wir wollen dort die Bedürfnisse aus allen Trägerverwaltungen zusammentragen und Veränderungen unseres Angebots frühzeitig planen“, erläuterte Musfeldt das Vorgehen.

Es ist dabei das erklärte Ziel, die interkommunale Zusammenarbeit im IT-Bereich zum gemeinsamen Vorteil auszuweiten. „Die Kunst wird darin bestehen, die verschiedenen Interessen mit Kompromissen unter einen Hut zu bekommen.“

Die Veränderung im Verhältnis zu den Trägern wird von inneren Veränderungen des Unternehmens begleitet. „Wir stellen derzeit unseren Aufbau und die Abläufe auf den Prüfstand, um den Erwartungen der Partner noch besser gerecht werden zu können“, so der Vorstand. In ersten Schritten wurden bereits interne Standards und Kommunikationsabläufe umgestellt, weitere Schritte werden folgen. „Die Träger haben uns mit den Partnerschaftsvereinbarungen ihr Vertrauen ausgesprochen. Das ist für uns eine große Verpflichtung, an der wir uns jederzeit messen lassen werden“, machte Musfeldt abschließend deutlich.

AUTORIN: ILONA STREHL, HANNIT

Akzeptanz der Anwender

Mobile Lösungen in der Instandhaltung bei der Energieversorgung Leverkusen (EVL)

„Mobilität ist ein kritischer Erfolgsfaktor. Mit der SAP®-Lösung sind wir für die zukünftigen Herausforderungen gut aufgestellt.“, so das Zwischenfazit von Benno Schmidt; Prokurist und Leiter des Geschäftsbereichs Technik bei der EVL. Bereits seit 2006 hat die EVL mit dem Aufbau von mobilen Lösungen in der Instandhaltung begonnen und diesen Weg seither konsequent weiter beschritten.

Im Zentrum der Überlegungen standen hierbei Effizienzsteigerungen und Verbesserung der Datenqualität. Die Instandhaltungsprozesse übernahmen dabei für die EVL eine Pilotfunktion. Das SAP® Enterprise Asset Management in Verbindung mit dem SAP® Work Manager unterstützen die Fachbereiche bei der Einsatzplanung ihres Service-Personals.

Die disponierten Arbeitsaufträge werden auf die mobilen Endgeräte übertragen und stehen den Mitarbeitern bei ihren Einsätzen vor Ort mit aktuellen Daten zur Verfügung. Neben den Daten aus dem führenden ERP-System SAP® R/3 kann der Anwender auch geografische Informationen aus der GIS-Anwendung auf sein mobiles Endgerät erhalten. Durch die Bearbeitung der Daten auf mobilen Endgeräten konnten Medienbrüche vermieden und eine hohe Informationsqualität erreicht werden. Die Daten werden nach der Bearbeitung über eine Mobilfunk-Verbindung wieder mit dem SAP® synchronisiert und revisionssicher abgelegt. Beim Fehlen einer Mobilfunk-Verbindung ist auch die Offline-Verarbeitung möglich.

Bei der Abbildung der mobilen Prozesse stand und steht die Akzeptanz der Anwender im Vordergrund, d.h. die Bedienerfreundlichkeit mit klarer Prozessführung und einfach zu bedienenden Oberflächen ist das Maß der Dinge. Die Komplexität der SAP®-Strukturen bleiben dem mobilen Nutzer verborgen. Umständliche Navigationsschritte entfallen, überflüssige oder redundante Informationen werden ausgefiltert. Zudem können über die Kopplung zur GIS-Anwendung auch die genauen Positionen der technischen Anlagen ermittelt werden. Dies ist dann insbesondere hilfreich, wenn die Anlagen etwas versteckt auf Grundstücken oder in Gebäuden stehen. Die Anwender erwarten heute einen hohen Bedienkomfort, wie er durch die Nutzung von Tablets und Smartphones im privaten Bereich selbstverständlich ist.

Die Implementierung der mobilen Anwendungen bei EVL wurde gemeinschaftlich mit der CONVISTA CONSULTING AG unter Federführung der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH (ivl) durchgeführt.

Zahlreiche Prozesse in den Bereichen Begehung, Inspektion und Wartung sind bisher erfolgreich umgesetzt worden:

- Kabelverteiler-Begehung
- Schutzprüfung
- Freileitungsabschnittsbegehung
- Hydrantenspülung
- Inspektion von Wasserarmaturen
- Inspektion von Batterieanlagen
- Sichtkontrolle Umspannanlage
- Einbau/Abbau Lastgangmessung
- Messung Odorierung
- Aggregatkontrolle
- Brückenkontrolle – Gas-/Wasserleitungsabschnitt
- Schachtkontrolle Gas/Wasser
- Be-/Entlüftungsventil Wartung

Dabei konnten erhebliche Kostenverbesserungen in den Prozessen realisiert werden. Es wurden Kostenvorteile von über 40 Prozent gemessen.

In den kommenden Jahren ist daher ein weiterer Ausbau der mobilen Lösungen mit Unterstützung des IT-Dienstleisters ivl ein fester Bestandteil der IT-Unternehmensplanung der EVL.

AUTOREN: AXEL GROSS & FRANK BÖRSCH, INFORMATIONSVERARBEITUNG LEVERKUSEN GMBH

Zeiterfassung effizient gestalten

Stadt Kierspe setzt auf Infoniqa-Time vom krz

Einfache Handhabung, flexible Eingabe, problemlose Integration und perfekter Support: Die Stadt Kierspe ist überzeugt von der Zeiterfassung „Infoniqa-Time“, wie sie vom Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) für seine Kunden bereitgestellt wird.

„Wir sind sehr zufrieden mit der Anwendung“, berichtet Personalleiterin Ute Kemper über die Arbeit mit der seit sechs Monaten vom krz betreuten Software. „Ich nehme die Grundeinstellungen vor und pflege die Personaldaten. Meine Kollegin Hiltrud Langemann betreut die Zeiterfassung.“ Mehr Aufwand bedarf es nicht, um die Arbeitszeiten der 104 Beschäftigten der Kommune zu verwalten.

Der Softwarewechsel verlief reibungslos und wurde von krz-Mitarbeiter Thomas Holznienkemper auch zwei Tage lang persönlich vor Ort begleitet. „Infoniqa-Time ist sehr bedienerfreundlich und die Kopplung der Zeiterfassung mit der Gehaltsabrechnungssoftware P&I LOGA erspart uns enorm viel Pflege- und Abgleichungsaufwand. Alle Daten befinden sich an einer Stelle. Zeiten außerhalb der regulären Arbeitszeit, wie sie im Ordnungsamt anfallen oder wenn Kollegen eine Kulturveranstaltung betreuen, werden direkt vom Mitarbeiter am PC eingegeben und von der Software automatisch korrekt abgerechnet und ggf. die entsprechenden Zeitzuschläge ausgezahlt“, beschreibt Kemper die Vorteile.

SELBSTSTÄNDIGE ERFASSUNG

Mit dem Wechsel zu Infoniqa-Time gingen einige Umstellungen einher. „Früher erfolgten die Buchung über Terminals, die häufig ausfielen. Heute erfassen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus ihre Arbeitszeiten selbständig an ihrem PC. Die Webbuchungen wurden auch dank der guten Verfügbarkeit der Anwendung von allen sehr gut angenommen.“

Für die Beschäftigten des städtischen Bauhofs, die vormals nicht „stempelten“, wurde jetzt mit vorgegebenen Zeiten eine einfache Lösung gefunden. Vorher wurden die Zeiten in einer Excel-Tabelle erfasst. Heute werden nur noch die Änderungen eingegeben, wenn etwa Arbeitszeiten von den Plänen abweichen.

Die gute Beziehung der Stadt Kierspe zum krz basiert auf mehr als zehn Jahren Kooperation beim Einsatz der Personalsoftware P&I LOGA. „Wir haben 2005 die Entscheidung für P&I LOGA getroffen und waren damit einer der ersten Abnehmer hier im Kreis. Die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Bereich war neben der flexiblen und einfachen Handhabung auch ein Grund für die Entscheidung zum Einsatz von Infoniqa-Time.

„Damals hatten wir einen personellen Engpass, den wir auch dank der Unterstützung aus Lemgo auffangen konnten. Das war eine Riesenhilfe“, beschreibt Kemper ihre Beweggründe. „Den tollen Support aus dem Hause krz habe wir jetzt auch wieder bei Infoniqa-Time erfahren.“

AUTORIN: ANDREA GIESE, KRZ

Gutes Ergebnis

Bechtle AG liefert Hardware für IT-Arbeitsplätze im Dataport-Verbund

Die Verwaltungen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Sachsen-Anhalt profitieren auch in den kommenden vier Jahren von günstigen Konditionen für zuverlässige IT-Arbeitsplätze. Bei der europaweiten Neuausschreibung für die Lieferung von Hardware und Dienstleistungen erzielte Dataport als zentrale IT-Beschaffungsstelle der Länder ein gutes Ergebnis für die Verwaltungen.

Den Zuschlag erhielt die Bechtle AG. Das IT-Systemhaus aus Neckarsulm wird von 2018 bis Ende 2021 die Hardware für die Standardarbeitsplätze liefern und den Service rund um die bestehende Hardware leisten. Das Gesamtvolumen des Vergabeverfahrens für die kommenden vier Jahre beläuft sich auf 68 Millionen Euro. Die Bechtle AG wird den Auftrag in Zusammenarbeit mit den Herstellern HP Inc. und Acer erfüllen.

Dataport betreibt in den Landesverwaltungen und in schleswig-holsteinischen Kommunalverwaltungen 90.000 IT-Arbeitsplätze, viele als gemanagte Standardarbeitsplätze. „Durch unsere Marktgröße ist es uns erneut gelungen, für unsere Träger ein optimales Preis-Leistungsverhältnis beim Einkauf und den Services für Hardware zu erzielen“, erklärte Johann Bizer, Vorstandsvorsitzender von Dataport. Das gemeinsame Vorgehen der Träger von Dataport habe sich bewährt. Darüber hinaus sei mit einem starken Partner gewährleistet, dass die IT der Verwaltung stets von Trends und Innovationen profitieren könne.

Die Hardware kann von Landes- und Kommunalverwaltungen über einen eShop abgerufen werden. Bei der Ausschreibung der Hardware-Lieferungen hat Dataport nicht nur auf wirtschaftliche sondern auch auf ökologische und soziale Faktoren geachtet. Bei der Bewertung der Angebote wurden Betriebskosten wie der Energieverbrauch der Hardware und eine sparsame Verwendung von Verpackungsmaterial berücksichtigt. Bechtle muss bei den Herstellern zudem darauf hinwirken, dass diese sich um die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation bemühen. Dafür werden HP und Acer Zulieferer entlang der weltweiten Lieferkette offenlegen. Bechtle wird Dataport mindestens halbjährlich über Mängel und Verbesserungsversuche bei den Arbeits- und Sozialstandards berichten.

AUTORIN: BRITTA HEINRICH, DATAPORT

Mit gutem Beispiel voran

KDVZ Citkomm startet Pilotprojekt für kommunales Open Government

„Südwestfalen erleben mit Zahlen, Daten, Fakten“, so lautet der Titel eines aktuellen Projekts der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Citkomm, das nun als eines von insgesamt 11 Vorhaben im Rahmen der Landesstrategie Open.NRW gefördert wird.

Ausgewählt wurde das Pilotprojekt für kommunales Open Government aus 32 Bewerbungen aufgrund seines innovativen Charakters, der Übertragbarkeit für andere Kommunen, Breitenwirkung sowie Nachhaltigkeit und Zusammenarbeit mit Partnern der Zivilgesellschaft. Ziel ist es, für alle Kommunen der Region Südwestfalen ein zentrales Portal zur Datenbereitstellung und -pflege und entsprechenden Schnittstellen bereitzustellen. Begleitend zur Konzeptentwicklung und Pilotimplementierung der frei zugänglichen Plattform sind Informationsveranstaltungen und Schulungen vorgesehen.

Damit gehe Südwestfalen in Sachen kommunales Open Government mit guten Beispiel voran, lobt Hartmut Beuß, Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnik, das Engagement der Citkomm. Ziel der Pilotprojekte ist es, Erfolgskriterien zu identifizieren, wie kommunales Open Government effizient und mit hohem gesellschaftlichem Nutzen eingesetzt werden kann.

„Zahlreiche gute Beispiele in den Städten und Gemeinden zeigen, dass Open Government als offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln vielerorts bereits gelebt wird. Bürgerhaushalte, Konsultationen im Rahmen der Stadtplanung oder die Bereitstellung von offenen Daten sind Beispiele, wie Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit praktisch umgesetzt werden. Mit der Förderung innovativer Pilotprojekte werben wir dafür, diesen Weg weiterzugehen. Wir freuen uns auf wertvolle Erfahrungen und Impulse der Modellkommunen, die mit ihren Projekten einen wichtigen Beitrag für einen Leitfaden ‚Kommunales Open Government in NRW‘ leisten“, erklärt Beuß.

HINTERGRUND

Im Mai 2014 hat die Landesregierung die Open Government-Strategie für die nordrhein-westfälische Landesverwaltung beschlossen: ein wichtiger Meilenstein für mehr Transparenz durch die Bereitstellung von Daten (Open Data), mehr Bürgerbeteiligung durch elektronische Partizipationsverfahren und eine bessere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Im Oktober 2016 unterzeichneten

Pilotprojekt Kommunales Open Government in NRW

Innenminister Ralf Jäger, die kommunalen Spitzenverbände und der Dachverband kommunaler IT Dienstleister den Open Government Pakt für NRW. Damit sind Land und Kommunen noch näher zusammengerückt.

Mit der gemeinsamen Erklärung haben die Landesverwaltung und Kommunen ein Programm vorgelegt, um die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zu intensiveren und mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die elf Pilotprojekte zur Umsetzung von kommunalem Open Government sind nun ein weiterer Schritt, um offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln als gängige Praxis in NRW zu fördern.

AUTORIN: MARAY PAUL, CITKOMM

In Gründung

GKD Paderborn und krz Lemgo „rechnen“ künftig gemeinsam

Die GKD Paderborn und das krz in Lemgo „rechnen“ künftig gemeinsam. Ab dem kommenden Jahr planen beide Rechenzentren die technische Zusammenarbeit. Dafür gründen sie ein gemeinsames Tochterunternehmen, den Zweckverband „Ostwestfalen-Lippe IT“.

Anlass für den Ausbau der langjährigen Zusammenarbeit zwischen den kommunalen IT-Dienstleistern sind die Paderborner Überlegungen, zukünftig einen zweiten Standort vor dem Hintergrund der Ausfallsicherheit und einer erhöhten Verfügbarkeit (24 Stunden an sieben Tagen in der Woche) vorzuhalten und die BSI-Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz zu erwerben.

Die GKD Paderborn hat gemeinsam mit dem Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg(/ Lippe (krz) geprüft, ob diese Ziele weiterhin autonom oder im Verbund erreicht werden können. Ein beauftragtes Gutachten beider Unternehmen kommt zu dem Ergebnis, dass eine interkommunale Zusammenarbeit beider IT-Dienstleister die wirtschaftlichste Lösung darstellt. Da insbesondere durch den Neubau in der Bismarckstraße im Jahre 2015 ausreichende Rechenzentrumskapazitäten in der Alten Hansestadt vorhanden und alle unternehmenskritischen IT-Komponenten redundant ausgelegt sind, bot sich ein Verbund zwischen GKD und krz regelrecht an.

In Lemgo sind zwei Rechenzentren ständig in Betrieb und übernehmen im Falle eines Ausfalls komplett die Last des anderen. Dadurch ist gewährleistet, dass die Services der Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel in den

Gebäudeansicht des krz Lemgo (Bild: krz).

Gebäudeansicht GKD Paderborn (Bild: GKD)

Einwohnermelde- und Straßenverkehrsämtern, nahezu unterbrechungsfrei zur Verfügung stehen.

OSTWESTFALEN-LIPPE IT

Seit längerer Zeit befassen sich die Zweckverbände GKD Paderborn und krz mit der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes, insbesondere mit der Wirtschaftlichkeit und der technischen Machbarkeit, die jetzt mit der Gründung des Zweckverbands „Ostwestfalen-Lippe IT“ die Weichen für das künftige gemeinsame Wirken stellen. Die hierfür erforderlichen Zustimmungen aller 51 Verbandsmitglieder beider Häuser liegen nahezu vollständig vor.

Ausschlaggebend für die Gründung des neuen Unternehmens sind letztlich die Beschlüsse in den jeweiligen Verbandsversammlungen vom krz und der GKD Paderborn, die am 5. und 13. Juli 2017 einstimmig ohne Enthaltungen der Zusammenarbeit zustimmten. Beide Personalräte haben vor den offiziellen politischen Entscheidungen im Mitbestimmungsverfahren ihre Zustimmung zu diesem Zusammenschluss gegeben. Ein wichtiger Aspekt dabei war der politische und beschlossene Wille, allen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Arbeitsplatz- und Standortgarantie zu gewähren.

Zwischen der GKD und dem krz besteht seit vielen Jahren eine erfolgreiche Zusammenarbeit in unterschiedlichen Aufgabenfeldern wie zum Beispiel dem Personal- und Sozialwesen und bei Druck- und Versanddienstleistungen. Der Ausbau der Zusammenarbeit schafft konkrete Möglichkeiten, den extrem wachsenden Anforderungen an die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen in den Kommunen zu begegnen. Damit bietet die Verbindung für die Verbandsmitglieder und die Kunden der GKD und des krz die besten Voraussetzungen, um die Teilhabe an modernen Verwaltungsservices sowie an fachlich kompetenter Beratung und Betreuung in der Region zu sichern und auszubauen.

JAHRESABSCHLUSS 2016

Ferner beschloss die Verbandsversammlung des krz unter Leitung ihres Vorsitzenden Bürgermeister Rainer Heller (Stadt Detmold) in ihrer Sitzung am 5. Juli 2017 einstimmig den Jahresabschluss 2016. Dem Beschluss lagen die Ausführungen des Steuerberaters Matthias Barsch von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA zugrunde, der das Prüfungsergebnis vorstellte, das mit einem Rekordumsatz von über 40 Millionen Euro schloss. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1,015 Millionen Euro wird - wie in den vorherigen Jahren auch - der Rücklage zugeführt, entschied das Gremium einhellig.

Gleichzeitig wurde Verbandsvorsteher Dieter Blume (Bürgermeister Petershagen) geschlossen von den 39 Trägerkommunen des Lemgoer IT-Dienstleisters entlastet. Im Anschluss an die Beschlussfassung dankte er für das einstimmige Votum und würdigte die erfolgreiche Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des krz, die dieses ausgezeichnete Jahresergebnis erst möglich machte. Beirat und Verwaltungsrat hatten in ihren vorhergehenden Sitzungen dem ranghöchsten Gremium diesen Beschluss - ebenfalls einstimmig und ohne Enthaltungen - empfohlen.

Die Weichen für wirtschaftliche, moderne und sichere kommunale IT-Dienstleistungen „Made in OWL“ sind gestellt. Vorsitzender Rainer Heller zeigte sich im Anschluss an die Verbandsversammlung zuversichtlich, dass ein innovatives und effizient aufgestelltes krz wichtig für die Zukunftsfähigkeit der Verbandskommunen sei.

AUTORIN: ANDREA GIESE, KRZ

Mit Wirkung zum 1. Juni 2017 ist **Lars Hoppmann** kommissarisch zum stellvertretenden Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (krz) bestellt worden. Der 42-jährige Verwaltungsbetriebswirt leitet seit Anfang 2014 die Abteilung „Kunden- und Projektmanagement“, die Anfang 2016 zur Abteilung „Kunden, Kommunikation und E-Government“ ausgebaut worden ist. In dieser Funktion verantwortete er Marketing, Vertrieb, Projektmanagement, E-Government-Center, Software-Entwicklung sowie die Unternehmenskommunikation und unterstützte dabei die von der Geschäftsleitung geplante konsequente Weiterentwicklung des krz vom klassischen Rechenzentrumsbetrieb hin zu einem modernen Service-Provider.

Heiß, heißer, eXPO

ekom21-Hausmesse stand unter „galaktischem Einfluss“

Heiße Trends und heißes Wetter: Am 21. Juni 2017 fand im Hanauer Congress Park die diesjährige Hausmesse der ekom21 statt. Bereits zum fünften Mal richtete der größte kommunale Dienstleister in Hessen seine „eXPO“ aus. Nach den steigenden Besucherzahlen der Vorjahre konnte auch diesmal wieder ein Superlativ erreicht werden. 550 Besucher drängten in den Congress Park Hanau und sorgten für einen neuen Besucherrekord.

Hessens futuristische Zukunft im Future Lab auf der eXPO 2017.

Das diesjährige Motto lautete „Mission Zukunft“ und bot wieder allerlei Spektakuläres für die Besucher. Als Imagepartner war die Europäische Weltraumorganisation ESA mit dabei und dementsprechend stand die komplette Hausmesse unter „galaktischem Einfluss“. In einer Sonderausstellung präsentierte die ESA zahlreiche Modelle und Exponate aus der Raumfahrt. Fachkundiges Personal stand den Besuchern für neugierige Fragen zur Verfügung.

Die Begrüßung übernahmen Bertram Huke (Geschäftsführer der ekom21), Roland Jabkowski (Bevollmächtigter für E-Government und Informationstechnologie in der Landesverwaltung) und Dr. Ralf-Rainer Piesold (Leiter der Stabstelle Digitale Infrastruktur und E-Government bei der Stadt Hanau). Weitere Redner waren Rolf Densing (ESA-Direktor für Missionsbetrieb und Zentrumsleiter der ESOC in Darmstadt) und Juan Miro (stellvertretender Zentrumsleiter der ESOC und Bereichsleiter Bodensystementwicklung).

Ein besonderes Highlight stellte die Keynote von Stefan Häseli dar. Der Schweizer Moderator, Coach und Kabarettist strapazierte mit seinem Vortrag „Rollenkonflikte in der Kommune – wie Sie den Alltag kommunikativ meistern“ die Lachmuskeln der Gäste. In humorvoller Art, aber dennoch sachlich fundiert beschrieb Häseli die Tücken der täglichen Kommunikation und erntete donnernden Applaus.

ARBEITSPLÄTZE VON MORGEN

Einer der Top-Anziehungspunkte war das „Future Lab“, ein Zukunftslabor mit den aktuellen Entwicklungen der ekom21 und ihrer Partner. Hier konnten die Besucher der eXPO moderne Verwaltungsarbeitsplätze von morgen bestaunen, Anwendungsszenarien für Künstliche Intelligenz erkunden, soziale Kommunikationsplattformen für Kommunen ausprobieren oder mit Entwicklern und Vordenkern in die Zukunft blicken. Ziel war es, den Besuchern zu verdeutlichen, wohin die Entwicklungen derzeit gehen und mit welchen Fragen sich die Produktverantwortlichen augenblicklich beschäftigen. Erstmals war das Future Lab auf der eXPO vertreten, und das Angebot wurde von den Gästen dankend und rege angenommen.

In der Fachausstellung standen derweil die ekom21 und rund 50 Aussteller sowie Partnerunternehmen den Gästen Rede und Antwort: Ob kommunales Finanzwesen, digitales Parken, Personal-Lösungen oder Software für modernes E-Government – keine kommunale Herausforderung blieb ohne Antwort. Ein Bürgermeister: „Beeindruckend, in welcher Breite die Veranstaltung die wichtigen Themen der Kommunen adressiert. Die eXPO21 ist eine zentrale Plattform für den Austausch der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise geworden. Das ist wirklich beeindruckend. Und, die Kundenmesse ist so anziehend, dass sich in diesem Jahr sogar die ESA mit Vorträgen und viel Know-how an der Veranstaltung beteiligt hat“.

KOOPERATION MIT ESA

Die ekom21 bedankt sich bei allen Besuchern, Partnerfirmen und Ausstellern recht herzlich für diesen tollen Tag. Eine Bildergalerie sowie ein kurzes Video über die eXPO sind auf der Homepage der ekom21 unter der Rubrik „eXPO“ zu finden.

Die mittlerweile ausgewerteten Feedback-Bögen zeigen eine einhellige Zufriedenheit der Besucher. Gelobt wurde vor allem der abwechslungsreiche Mix aus Vormittagsprogramm, Keynote, Ausstellung, Workshops und Sonderausstellung. Die Keynote von Stefan Häseli hatte es den Gästen besonders angetan. Die Kooperation mit der ESA und der Schwerpunkt auf der Sonderfläche zum Thema Weltraum wurden ebenfalls bestens bewertet.

Von mehreren Besuchern wurde eine Frage gestellt, die dem eXPO-Organisationsteam der ekom21 seitdem nicht mehr aus den Köpfen geht: „Wie wollt ihr das im nächsten Jahr toppen?“. Die ersten Planungen für Motto und Ausstellung der eXPO 2018 laufen derzeit bereits an. Fest steht aber schon der Termin: Am 13. Juni 2018 findet das IT-Spektakel der ekom21 wiederum in Hanau statt.

AUTOR: STEFAN THOMAS, EKOM21

Flurstücke und Gemarkungen

webFLUR: Mehr als ein praktisches Tool

Weit über hundert zufriedene Kunden nutzen bisher schon das Liegenschaftsinformationssystem webFLUR. Das Verfahren richtet sich in erster Linie an Mitarbeiter in Kommunen, die in den Bereichen Bauamt, Liegenschaftsamt, Ordnungsamt oder auch Kämmerei beschäftigt sind. Täglich sind rund 300 Benutzer aus ganz Hessen gleichzeitig angemeldet.

Mit webFLUR in der aktuellen Version 3.5.3 bietet die ekom21 ihren Kunden ein umfassendes Informationssystem für die Verwaltung von Liegenschaftsdaten an.

Flurstücke und dazugehörige Eigentumsverhältnisse werden gemäß den amtlichen Vorgaben verknüpft und dargestellt. Als Grundlage dienen ALKIS-Daten von der „Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation“ (HVBG). Jede Gemeinde und jeder Verband erhält ein „Paket“ mit allen Flurstücken der jeweils zugehörigen Gemarkungen. Die Kunden können selbst festlegen, in welchem Turnus ihre Liegenschaftsdaten von der ekom21 regelmäßig eingelesen und auf Konsistenz geprüft werden. Die Aktualisierung der Grunddaten wird gezielt an die Anforderungen der Kommunen angepasst.

WebFLUR kann über zusätzliche Module Dokumente aus Grundstücks- beziehungsweise Hausakten digital verwalten und kommunale flurstücksbezogene Vorgänge bearbeiten. Für die grafische Darstellung werden die frei verfügbaren WMS-Kartendienste der Ämter für Bodenmanagement (ÄfB) genutzt. Optional besteht die Möglichkeit zur Kopplung mit kommunalen GIS-Systemen.

WebFLUR ist aufgabenbezogen modular aufgebaut und hat eine zentrale Wiedervorlagenverwaltung. Es gibt ein Grundmodul für die Suche von Flurstücken und Eigentümern, sowie die Listenfunktion. Die Suchfunktion ist einfach und intuitiv bedienbar und erfordert keine Datenbankkenntnisse. Die postalischen Adressen der Eigentümer können aktualisiert werden, sowohl manuell als auch über eine Schnittstelle zum Einwohnerbestand. Diese Funktionalität ist besonders wichtig für die Beitragssachbearbeitung und Bescheidschreibung. Das Kommunalmodul nutzt Word-Vorlagen, die in ihrem Design für jeden Kunden individuell angepasst und formatiert werden können. Vorhandene Word-Vorlagen können weiterverwendet werden.

Flurstücksbezogene Vorgänge wie Bauanträge, Vorkaufsrecht oder Pachtverträge können hier bearbeitet werden. Über Platzhalter werden die gewünschten Datenbankeinträge automatisch in die Vorlagen übernommen. Der gesamte Schriftverkehr ist dadurch weitestgehend automatisiert, lediglich einzelfallbezogene Textergänzungen sind noch manuell einzutragen. Die fertigen Dokumente werden dem Vorgang in webFLUR zugeordnet.

UNTERGEGANGENE FLURSTÜCKE

WebFLUR führt eine Historienverwaltung über nicht mehr aktuelle Flurstücke. Es kann im Falle von Flurstücksteilungen und -verschmelzungen nachvollzogen werden, aus welchen untergegangenen Flurstücken die aktuell gültigen hervorgegangen sind. Auch die Eigentümerhistorie ist durch automatische Bildung von Voreigentum kontinuierlich nachvollziehbar.

Module zur Verwaltung von Jagd- und Baumkatastern sind optional verfügbar. Die Kunden können Jagdbezirke erfassen, Teilflächen von Flurstücken zuordnen, Akteure wie Jagdpächter und Jagdgenossen bestimmen und beliebig viele Dokumente und Schreiben dem entsprechenden Gebiet zuordnen. Das Baumkatastermodul bietet die Möglichkeit, umfassende Angaben zu den Bäumen im Gebiet einer Kommune zu hinterlegen. Unter anderem können Baumart, Kontrolltermine oder Bilder erfasst werden und somit entsteht durch regelmäßige Datenpflege eine aussagekräftige Übersicht über den Bestand der Kommune. Über Wiedervorlagetermine werden die Begehungslisten für die Kontrollen erzeugt.

ASP-NUTZUNG

WebFLUR entwickelt sich durch das Feedback und Verbesserungsvorschläge der aktiven Kunden weiter und kann so auf sich verändernde Anforderungen reagieren. Das Verfahren läuft in einem sicheren Betrieb als ASP-Lösung (Application Service Providing) über eine Standleitung vom Kunden zum Rechenzentrum. Durch die Nutzung von ASP bedienen sich die Kommunen einer individuell zugänglichen Verbindung zu den Ressourcen der ekom21. Der Aufruf des Verfahrens webFLUR funktioniert dabei unkompliziert über den Web-Browser. Somit ist keine Installation auf den Rechnern der Anwender notwendig und es entstehen keine zusätzlichen Lizenzkosten. Updates der Software werden nach einer Testphase zentral eingespielt, sodass anschließend alle Kunden unmittelbar über die aktuellste Version des Produkts verfügen.

AUTOR: EIKE MÜLLER, EKOM21

Leitfaden aus Theorie und Praxis

Was erfordert die neue europäische Datenschutz Grundverordnung?

Laufend gibt es neue Richtlinien und Gesetze, die den Umgang mit der elektronischen Übermittlung von Daten betreffen, wie zuletzt zum E-Government-Gesetz, zur E-Vergabe oder zum Datenschutz. Die Verantwortlichen in den Kommunen müssen diese Vorgaben umsetzen. Um ihnen dabei Hilfestellung zu leisten, entstand beim Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS/ RZRS) die Idee, einen Handlungsleitfäden zu entwickeln.

Ab dem 25. Mai 2018 ist die europäische Datenschutz-Grundverordnung (EU-DS-GVO) anzuwenden. Sie verlangt von den Verantwortlichen in Kommunen, dass ein „Informationssicherheitssystem“ eingeführt und die Verordnung eingehalten wird. Was das für die Kommunen genau heißt, erläutert der Leitfaden zur europäischen Datenschutz Grundverordnung, der unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Robert Müller-Török durch eine Arbeitsgruppe von elf Studenten erstellt und von Hubert Röder (KDRS), Ralf Heckenberger (Datenzentrale Baden-Württemberg) und Dekan Professor Arne Pautsch begleitet wurde.

KDRS/RZRS unterstützt die Mitgliedskommunen dabei, neue Regelungen und Vorschriften einzuhalten – unter anderem indem es sie sofort in den vorhandenen Lösungen umsetzt. Daher lag auch die Kooperation mit der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg nahe. In den Leitfaden sind die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammen mit Erfahrungen aus der Praxis eingeflossen. Dabei ergänzen sich die unterschiedlichen Perspektiven der Hochschule und des Rechenzentrums ideal. Hiervon wiederum können Städte und Gemeinden profitieren, die neue Verordnungen in der täglichen Arbeit umsetzen müssen.

BEDEUTUNG FÜR KOMMUNEN

Der Leitfaden zur EU-Datenschutzgrundverordnung bringt die Rechtsverordnung in eine les- und anwendbare Form, mit der die Kommunen besser arbeiten können als mit dem Gesetzestext: Was bedeutet die neue EU-Datenschutz Grundverordnung für die Kommunen?

Alle Personen, deren Daten verarbeitet werden, haben mit der EU-DS-GVO deutlich mehr und umfangreichere Rechte als bisher. Gleichzeitig wird die Rechtsstellung der Aufsichtsbehörde gestärkt – momentan ist dies der Landesdatenschutzbeauftragte – und zudem ihre Möglichkeiten und Befugnissen, auch gegenüber Kommunen vergrößert. Innerhalb der Gemeinden muss sich zukünftig ein Gremium formal auch mit Belangen der Datenverarbeitung auseinandersetzen (als IT-Sicherheitsforum) und die Ergebnisse protokollieren.

Ein Entscheidungsgremium für dieses „Informationssicherheitssystem“ gibt es in den Gemeinden schon, zumindest informell. Dies sind diejenigen, die auch bisher die Geschicke der Verwaltung lenken - meist Bürgermeister oder Beigeordnete, Hauptamtsleiter, Kämmerer, IT-Leiter und so weiter.

TO-DO-LISTE

Im Folgenden sind die wichtigsten Punkte, an die sich die Verantwortlichen in den Gemeinden zukünftig halten müssen, aufgelistet:

- Eine Risikoabschätzung muss erstellt und daraus das Risikoprofil der Gemeinde abgeleitet werden.
- Für jede mögliche ernsthafte Gefährdung muss eine adäquate Gegenmaßnahme vorgesehen sein, das heißt technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der personenbezogenen Daten.
- Bei der Auswahl von Software und der Beauftragung weiterer Auftragsverarbeiter, dies sind momentan in Baden-Württemberg in erster Linie die Datenverarbeitungsverbünde, müssen datenschutzrechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Die Auswahl muss dokumentiert und es muss gewährleistet sein, dass die Verordnung eingehalten wird.
- Falls noch nicht geschehen, obwohl durch § 11 LDSG BW seit vielen Jahren vorgeschrieben, muss ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten (Verfahren) erstellt werden.
- Technische und organisatorische Maßnahmen, die im Entscheidungsgremium beschlossen wurden und die die Verwaltung erfordert, müssen nachvollziehbar umgesetzt und dokumentiert werden.
- Für die notwendige Verfügbarkeit und einen raschen Datenzugriff bei Störungen muss gesorgt werden.
- Die Berechtigungsverwaltung muss aufgabenbezogen in den einzelnen Verfahren sein, d.h. künftig eine genauere Vergabe von Benutzerberechtigungen als unter dem bisherigen Datenschutzregime.
- Verletzungen des Datenschutzes personenbezogener Daten und die im Anlassfall getroffene Abhilfemaßnahmen müssen dokumentiert werden
- Beim Einsatz neuer Technologien in der Verwaltung (bspw. Profiling, Videoüberwachung) muss die Datenschutzfolgenabschätzung (Vorabkontrolle) dokumentiert werden.
- Ein Datenschutzbeauftragter muss ernannt werden – ab Inkrafttreten der Verordnung ist das zwingend erforderlich!

Den Leitfaden können Kommunen bei h.roeder@kdrs.de anfragen.

AUTOR: HUBERT RÖDER, KDRS/RZRS

Mehr Schutz

EU-DSGVO tritt am 25. Mai 2018 in Kraft

Nach fünfjährigem jurististen Tauziehen tritt Ende Mai kommenden Jahres die europäische Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Als Verordnung gilt sie in allen EU-Staaten unmittelbar ab dem Stichtag. Allerdings enthält die DSGVO einige sogenannte Öffnungsklauseln, durch die Staaten ihr eigenes Datenschutzrecht anpassen konnten.

Die DSGVO regelt insbesondere die Verarbeitung von persönlichen Idenfikationsdaten von Bürgern der EU. Verbraucher sollen durch die neuen Regularien in Zukunft besser geschützt werden und ihre persönlichen Angaben besser kontrollieren können. Unternehmen, die sich nicht an die DSGVO halten, könnten Kundenvertrauen verlieren beziehungsweise müssen unter Umständen hohe Geldstrafen zahlen. Personenbezogene Daten dürfen nur dann weiter verarbeitet werden, wenn es eine Zustimmung für die geplante Verwendung gibt.
Das bisher vielfach verwendete Opt-out-Modell, nach dem Kunden explizit mitteilen müssen, dass ihre Daten nicht verwendet werden soll, wird obsolet und durch ein Opt-in-Modell – die aktive Zustimmung des Kunden – ersetzt.
Wirtschaftsverbände machen darauf aufmerksam, dass die Datenschützer empfindliche Geldstrafen gegen Unternehmen, die gegen die DSGVO verstoßen, verhängen können. Unternehmen sollten die verbliebene Zeit nutzen, um ihre Prozesse und ihre Infrastruktur fit für die neuen Anforderungen zum Datenschutz zu machen – in technischer, organisatorischer und rechtlicher Hinsicht.
So benötigen etwa Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern einen Datenschutzbeauftragten und am besten auch ein Informationssicherheitssystem. Ebenfalls sollten Firmen sich Gedanken über ein Löschkonzept machen, da es umfassende Änderungen bei den Betroffenenrechten gibt. Beim Umgang mit besonders sensiblen Daten unterliegen sie der Fusionskontrolle. Eine saubere Dokumentation wird wegen der Rechenschaftspflicht künftig zum Standard.
Mehr Infos: **hier**

EU-KRISENÜBUNG

„Cyber Europe 2016“ war die vierte paneuropäische Cyber-Krisenübung, die von der European Union Agency for Network and Information Security (ENISA) organisiert worden ist. Über 1000 Teilnehmer, weitgehend aus dem IT-Sektor von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen aus allen 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie zwei Mitgliedern der European Free Trade Association (EFTA) – Schweiz und Norwegen – haben bei dem Programm mitgemacht. Die Aktivitäten reichten von Trainingsübungen für den Krisenfall, Kommunikationstrainings bis zu technischen Kooperationsübungen.
Die Krisenübungen fanden 2016 über den Zeitraum von sechs Monaten statt und kulminierten am 13. und 14. Oktober 2016 in 48-stündige Hauptübungen. Ende Juni ist die englischsprachige Dokumentation der Krisenübung erschienen. Zum Download: **PDF**.

TERMINE

24. August 2017 … 2. Prozessmanagement-Tag … Meißen

31. August 2017 … Digitalisierung im IT-Service-Desk … Frankfurt a.M.

4. September 2017 … INSPIRE-Konferenz … Kehl, Straßburg

5. September 2017 … ÖV-Symposium NRW … Dortmund

14./15. September 2017 … Vitako-Mitgliederversammlung … Aachen

www.itkalender.de **… für mehr Informationen + Termine**

IMPRESSUM

Herausgegeben von

VITAKO
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ralf Resch
Markgrafenstraße 22
D - 10117 Berlin

WWW.VITAKO.DE

REDAKTION & KONTAKT:
Dr. Helmut Merschmann

TELEFON: +49 30 20 63 156 - 14
E-MAIL: *redaktion@vitako.de*

BILDNACHWEIS:
Tobias Koch 2 | Fotolia 1,3,4,10,20 | Lecos 4 | Merschmann 6 | T. Siegfried 7 | Parycek 9 | Jacoby&Stuart 9 | KIRU 11 | AKDB 12 | regio iT 13 | HannIT 13 | Citkomm 16 | krz, GKD PB 17 | ekom 18,19 | EU-press 21

Inhalt

Digital first 2
Digital-politische Forderungen an die Parteien zu Bundestagswahl 2017 2
Digitalisierung gestalten! 4
Peter Kühne über die digital-politischen Forderungen von Vitako 4
Wegbegleiter des digitalen Wandels 6
Vitako-Impressionen vom Zukunftskongress 2017 6
Der Realität ins Gesicht schauen 7
Jahreskonferenz von Major Cities of Europe in Zagreb 7
DSGVO und OZG 8
Blankenheimer Kreis diskutiert aktuelle IT-Themen 8
Kommunale Praxis trifft Justiz 8
Erfahrungsaustausch zum Ersetzenden Scannen 8
ÖFIT unter neuer Flagge 9
Peter Parycek übernimmt die Leitung des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) 9
Redundante Hochsicherheit 10
Ein neues Rechenzentrum für den LVR und die Stadt Köln 10
Wind of change 11
Die Digitalisierung hält Einzug in den Kommunen 11
Intelligente Poststelle 12
AKDB bietet lernfähige digitale Posteingangsverarbeitung an 12
Intelligente Messsysteme 13
Stadtwerke Velbert setzen auf GWA-Lösung der regio iT. 13
Strategische Partnerschaften 13
15 Bürgermeister unterzeichnen Vereinbarung mit HannIT 13
Akzeptanz der Anwender 14
Mobile Lösungen in der Instandhaltung bei der Energieversorgung Leverkusen (EVL) 14
Zeiterfassung effizient gestalten 15
Stadt Kierspe setzt auf Infoniqa-Time vom krz 15
Gutes Ergebnis 15
Bechtle AG liefert Hardware für IT-Arbeitsplätze im Dataport-Verbund 15
Mit gutem Beispiel voran 16
KDVZ Citkomm startet Pilotprojekt für kommunales Open Government 16
In Gründung 16
GKD Paderborn und krz Lemgo „rechnen“ künftig gemeinsam 16
Heiß, heißer, eXPO 18
ekom21-Hausmesse stand unter „galaktischem Einfluss“ 18
Flurstücke und Gemarkungen 19
webFLUR: Mehr als ein praktisches Tool 19
Leitfaden aus Theorie und Praxis 20
Was erfordert die neue europäische Datenschutz Grundverordnung? 20
Mehr Schutz 21
EU-DSGVO tritt am 25. Mai 2018 in Kraft 21